

6. Juni 2007, Neue Zürcher Zeitung

Keine Heimabgabe der Taschenmunition mehr

Bundesrat will Neuregelung

Lz. Der Bundesrat hat sich am vergangenen Mittwoch dazu entschieden, die Taschenmunition nicht mehr nach Hause abzugeben. Vizekanzler Oswald Sigg bestätigte einen am Dienstag im «Tages-Anzeiger» publizierten Bericht. Damit folgt die Landesregierung den Empfehlungen der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerates. Diese hatte am 16. April mit 11 zu 1 Stimme eine Motion beschlossen, wonach Armeeangehörige künftig zu ihrer Waffe nicht auch noch die Muniton nach Hause nehmen sollen.

Ausnahme: Bereitschaftsformationen

Der Bundesrat will die Abgabe der persönlichen Muniton an das Gros der Armeeangehörigen von der Entwicklung der Sicherheitslage abhängig machen. Ausgenommen werden sollen Soldaten, die in Bereitschaftsformationen Dienst leisten. Ihnen soll auch weiterhin die Taschenmunition nach Hause mitgegeben werden. Die Einzelheiten müssen gemäss einem Sprecher des Verteidigungsdepartements (VBS) in einer entsprechenden Verordnung geregelt werden.

Im September 2006 hatte der Bundesrat noch eine andere Linie verfolgt: So lehnte er eine Motion von Ständerätin Anita Fetz (Basel-Stadt, sp.) ab, die ein vollständiges Verbot der Heimabgabe von Ordonnanzwaffen und Muniton verlangte. Nun favorisiert er eine ähnliche Lösung, wie sie in der Schweizer Armee bereits einmal üblich gewesen war. Vor 1940 erhielten nämlich nur die Angehörigen von Infanteriebataillonen und Grenztruppen neben ihrer persönlichen Waffe auch die Taschenmunition, um «feindlichen Überraschungen bei einem Kriegsausbruch vom ersten Moment an nachdrücklich entgegentreten zu können und sie (die Soldaten) ganz besonders auf dem Marsche zu den Sammelplätzen widerstandsfähig zu machen», wie es in einem Dokument des späten 19. Jahrhunderts heisst. Unter dem Eindruck der raschen Operationen der deutschen Wehrmacht zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde die Taschenmunition dann auch allen anderen mit einer persönlichen Waffe ausgerüsteten Soldaten abgegeben.

Aufgrund der gegenwärtigen Sicherheitslage, in deren Zentrum nicht mehr - wie dies im Kalten Krieg der Fall war - der strategische Überfall steht, erachten sowohl der Bundesrat als auch die ständerätliche Sicherheitskommission einen Verzicht auf die Heimabgabe der Taschenmunition als verantwortbar.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter: <http://www.nzz.ch/2007/06/06/il/articleF80XE.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG